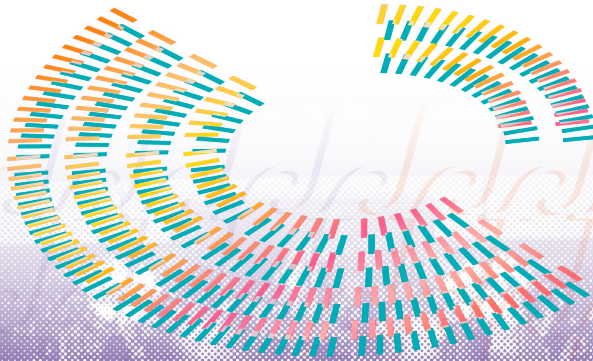




Landeshauptstadt
München
**Gleichstellungsstelle
für Frauen**

Geschlechtergerechte Gremienarbeit

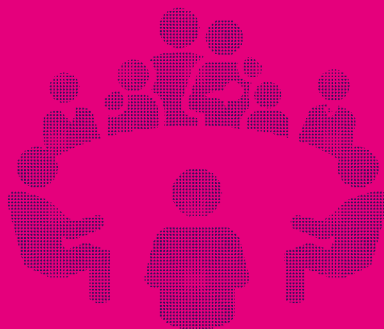
Leitfaden & Checkliste



Warum Geschlechtergerechtigkeit und Familienfreundlichkeit nicht nur Frauen betrifft

Eine Kommune, in der Frauen und Menschen mit **familiären Verpflichtungen** in den politischen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert sind und/oder strukturell benachteiligt werden, verliert **wertvolle Kompetenzen und Perspektiven**. Geschlechtergerechtigkeit ist kein „Nice-to-have“, sondern eine Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige **Demokratie**.

Dieser Leitfaden richtet sich an Stadtrats- und Bezirksausschuss-Mitglieder sowie Gremienleitungen und bietet ihnen konkrete **Instrumente**, um die Gremiensitzungen inklusiver zu gestalten.



Die Sitzungskultur – der Raum der Entscheidung

Die Art und Weise, wie wir reden, entscheiden und interagieren, entscheidet darüber, wer gehört wird und sich zugehörig fühlt. Politikerinnen auf Bundes-, Landes-, und Kommunalebene berichten, dass ...

- sie als Frauen häufiger als männliche Kollegen unterbrochen werden,
- ihre inhaltlichen Beiträge öfter von männlichen Kollegen angeeignet werden,
- ihre Fachkompetenz und Wortbeiträge verbal abgewertet werden,
- Familienverpflichtungen sie an manchen wichtigen Konsensfindungsprozessen außerhalb der formellen Sitzungen (Kaffee vor oder Bier nach der Sitzung) nicht teilhaben lassen.

Beobachten Sie daher in der nächsten Sitzung bewusst folgende Phänomene:

- **Unterbrechungskaskaden:** Werden Beiträge von Frauen häufiger unterbrochen als die von Männern?
- **„Echo-Effekt“:** Wird ein Punkt erst ernst genommen, wenn er von einem Mann wiederholt wurde, der ihn zuvor von einer Frau hörte?
- **Lautstärkeüberbietung:** Steigt der Geräuschpegel in den Diskussionsrunden, wenn eine Frau spricht?
- **Informelle Macht:** Finden wichtige Absprachen gelegentlich erst „nach der Sitzung“ (beim Bier danach oder im Flur) statt?
- **Verbale Abwertung:** Werden Begriffe wie „emotional“, „hartnäckig“ und „streitbar“ unterschiedlich verwendet, abhängig davon, ob sie eine Frau oder einen Mann beschreiben sollen? Gibt es abwertende Kommentare bei Wortbeiträgen von Frauen?

Handlungsempfehlungen für die Gremienarbeit

Bereich	konkrete Maßnahmen	Wer setzt um?
---------	--------------------	---------------

Rederecht

Die „2-Minuten-Regel“: Bei hitzigen Debatten werden Wortbeiträge auf eine bestimmte Zeit (beispielsweise 2 Minuten) begrenzt, um den Redezeitanteil pro Mitglied auszubalancieren.

Vorsitzende*r oder Gremiumsmitglied per Antrag

Unterbrechungen

Interventionsrecht: „Ich bitte darum, den Wortbeitrag nicht zu unterbrechen. Person X hat noch nicht zu Ende gesprochen.“

Jede*r Anwesende

Diskussionskultur

Lautstärkecheck: Wenn der Tonfall aggressiv wird oder der Lärmpegel steigt, fordert die Sitzungsleitung explizit Ruhe ein, bevor weiterdiskutiert wird.

Vorsitzende*r

Ziel

Etablierung einer geschlechtergerechten und familienfreundlichen Gremienkultur

Zielgruppe

Stadtrats- und Bezirksausschuss-Mitglieder, Ausschussvorsitzende und Fraktionsleitungen

Entscheidungsfindung

Keine „Gasthaus-Politik“: Alle verbindlichen Absprachen müssen im offiziellen Rahmen getroffen und im Protokoll festgehalten werden. Keine Konsensfindung im Vorfeld oder danach, wenn ein Teil der Mitglieder abwesend ist.

Sitzungsleitung/ Schriftführer*in

Sichtbarkeit

Namensnennung: Bei Zitaten oder Übernahme von Ideen anderer immer die ursprüngliche Person benennen („Wie Frau Müller vorhin richtig sagte ...“).

Jede*r Anwesende

Mentoring

Etablieren Sie **Mentoring**-Programme für neue Mandatsträger*innen.

Bezirksausschuss-Vorsitzende*r und -Mitglieder

Vereinbarkeit als Strukturfrage

Politik darf kein Privileg für Menschen ohne Kinder oder Pflegeaufgaben sein. Die Gremieninfrastruktur muss an die Herausforderungen von Menschen mit Care-Aufgaben angepasst werden.

Nur 25 % der Politikerinnen sind nicht erwerbstätig. Frauen übernehmen nach wie vor zwei Drittel der Sorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Das heißt, 75 % der Politikerinnen müssen Erwerbstätigkeit und politisches Amt sowie gegebenenfalls Sorgearbeit unter einen Hut bringen. Für alle Menschen mit Kindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen ist die Vereinbarkeit von politischem Amt, Berufstätigkeit und Familie eine große Herausforderung, denn die begrenzten persönlichen Zeit- und Energieressourcen müssen auf sehr viele Verpflichtungen verteilt werden. Zusätzlich bestehen unterschiedliche Rollenerwartungen in den jeweils unterschiedlichen Kontexten. Da insbesondere von Frauen in jedem Kontext ein anderes Rollenverhalten erwartet wird und diese teilweise konträr sind (beispielsweise durchsetzungsstarke Politikerin, weisungsgebundene Angestellte in einem Unternehmen und liebevolle Mutter zu Hause), ist es für sie energieaufwendiger, die Rollen jeweils „zu spielen“. Für Alleinerziehende

ist die Vereinbarkeitsfrage eine noch größere Herausforderung. Die Perspektive dieser Menschen auf gesellschaftliche Herausforderungen und deren Lösungsansätze ist wichtig, kann aber aufgrund der knappen Zeitressourcen schwer eingebracht werden. Es braucht strukturelles Umdenken, individuelle Ermutigung und intersektionale Inklusion, um politische Teilhabe von Frauen und anderen Menschen, die beruflich aktiv sind und Familiensorgearbeit übernehmen, zu gewährleisten.

Als politisches Gremium können Sie Ihre Arbeit familienfreundlicher für alle gestalten, beispielsweise durch:

- **Fest definierte Sitzungszeiten:** Sitzungen beginnen pünktlich und enden pünktlich – keine Sitzungen bis 23 Uhr.
- **Straffe Sitzungsmoderation** ohne ausufernde Beratungen.
- **Hybrid-Option:** Eine digitale Teilnahme muss technisch einwandfrei und rechtlich gleichwertig möglich sein (nicht nur als „Notlösung“, sondern als Standard).

■ **Kinder im Saal:**

- Ausdrückliche Erlaubnis zur Mitnahme von Kindern in den Sitzungssaal (soweit ohne größere Störungen der Sitzung möglich).
- Bereitstellung eines separaten, ruhigen Raums für Stillende oder zur kurzen Betreuung.
- Kostenlose, professionelle Kinderbetreuung während der Sitzungen¹.
- **Weiterbildungen** unter anderem zu Moderation für straffe Sitzungsleitung, Gender- und Antidiskriminierungsfortbildungen.

.....
¹ In München ist eine Aufwandsentschädigung für Betreuung nach § 4 Abs. 6 der Hauptsatzung bzw. § 18 der BA-Satzung möglich.

- **Barrierefreiheit:** Nicht nur rollstuhlgerecht, sondern auch für Menschen mit sensorischen Einschränkungen oder Sprachbarrieren.

Schaffung von gesetzlichen Grundlagen

Zusätzlich könnten Sie sich innerparteilich für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen einsetzen, beispielsweise für die Vertretungsregelungen: Klare Regelungen für Mutterschutz und Elternzeit, so dass das Mandat nicht ruht, sondern durch eine Stellvertretung wahrgenommen wird – ohne Karrierenachteile.

Weichen vor der Wahl stellen

Die Weichen für die Geschlechtergerechtigkeit in der Politik werden oft schon vor der Wahl gestellt. Hier liegt Ihre Hebelwirkung als Mandatsträger*in:

- **Listenplatz-Strategie:** Setzen Sie sich für ein Paritäts-Listensystem ein (Wechsel von Männern und Frauen auf der Liste). *Warum?* Frauen haben auf Listenplätzen eine deutlich höhere Erfolgchance als bei Direktkandidaturen.
- **Zielgruppenansprache:** Suchen Sie aktiv Frauen und Menschen mit Familienverantwortung, die noch nicht in der Politik sind, und bieten Sie Mentoring an.
- **Netzwerke:** Etablieren Sie überparteiliche Netzwerke (zum Beispiel: „Frauen in der Kommunalpolitik“), um Erfahrungen und Strategien auszutauschen.

Ausblick: Die Zukunft der Kommunalpolitik

Eine demokratische Kommune ist dann stark, wenn sie die Vielfalt ihrer Bürger*innen widerspiegelt. Wenn wir die Hürden für Menschen mit Sorgearbeit abbauen, gewinnen wir nicht nur mehr Frauen, sondern auch die Perspektive von Vätern, Pflegepersonen und Alleinerziehenden.

Nutzen Sie diesen Leitfaden, um Ihre Amtszeit geschlechtergerecht und familienfreundlich zu gestalten. Davon profitieren alle Gremienmitglieder und ihre Familien.

Die Empfehlungen im Leitfaden beruhen im Wesentlichen auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes „FRIDA – Frauen in die Kommunalpolitik“ von Prof. Dr. Barbara Thiessen und Dr. Mina Mittertrainer sowie auf den öffentlichen Äußerungen von Bundespolitikerinnen und Gesprächen mit Landes- und Kommunalpolitikerinnen. Das Projekt FRIDA widmete sich dem Problem der geringen Repräsentation von Frauen in politischen Gremien und Ämtern auf kommunaler Ebene in Bayern².

² Die bisherigen Studien zu Repräsentanz und Machtgefälle im politischen Betrieb wurden im binären Geschlechterverhältnis erarbeitet. Die Gleichstellungsstelle für Frauen bezieht ihre Empfehlungen für eine respektvolle Gremienkultur auf alle Geschlechter. Falls Sie als Mitglied eines politischen Gremiums bestimmte Dynamiken feststellen, die hier fehlen, teilen Sie uns gern Ihre Erfahrungen mit.

Näheres zum Projekt unter

https://fordemocracy.hypotheses.org/files/2022/11/2022_MittertrainerThiessen_Handreichung-FRIDA-komprimiert.pdf

<https://fordemocracy.de/projekte/projekt-11/#>

Impressum

Landeshauptstadt München
Gleichstellungsstelle für Frauen
Marienplatz 8, 80331 München
089 233-9 24 65

gst@muenchen.de

muenchen.de/gst

facebook.com/GleichstellungsstelleMuenchen

instagram.com/stadtmuenchen_gleichstellung

